



Anja Schillhaneck

MITGLIED DES ABGEORDNETENHAUSES
VON BERLIN

Abgeordnetenhaus von Berlin

Niederkirchnerstraße 5
10111 Berlin

Telefon: (+4930) 2325-1020

Fax: (+4930) 2325-2409

anja.schillhaneck@gruene-fraktion-berlin.de

Anja Schillhaneck – Niederkirchnerstraße 5 – 10111 Berlin

Alexandra Maria Linder M.A.
Bundesverband Lebensrecht e.V.
Fehrbelliner Straße 99
10119 Berlin

13. September 2017

Ihre Einladung zum 13. „Marsch für das Leben“

Sehr geehrte Frau Linder,

ich schreibe Ihnen bezugnehmend auf Ihre Einladung vom 16.08.2017 zum 13. „Marsch für das Leben am 16. September 2017“. In Ihrem Schreiben bitten Sie mich, „die tausenden von Menschen, die für die Menschenwürde mutig auf die Straße gehen“ zu unterstützen. Die Unantastbarkeit der Menschenwürde ist zweifelsohne wichtige Verpflichtung der Politik. Wer könnte Ihre Einladung also ausschlagen?

Ihrer Webseite entnehme ich das Motto „Die Schwächsten schützen – Selektion und Abtreibung beenden“. In Ihrem Schreiben an mich haben Sie das Motto auf „Die Schwächsten schützen“ gekürzt. Mit keiner Silbe schreiben Sie mir, dass es Ihnen um das Ende von Abtreibungen geht. Sie erwähnen lediglich, dass „Menschen, die selbst von Abtreibung betroffen sind“ sowie Menschen „denen die Würde des Menschen in allen Stadien seiner Existenz, von der Zeugung bis hin zum Tod, wichtig ist“ an Ihrer Demonstration im letzten Jahr teilgenommen haben. Was Sie in der Einladung an mich nur andeuten, empfinde ich als irreführend. Sagen Sie doch klar und deutlich, worum es Ihnen geht – das Ende von „Abtreibungen“ – anstatt Geraune mit mit große Worte wie „Würde des Menschen“ zu garnieren.

Glücklicherweise werden Sie auf Ihrer Webseite etwas deutlicher. In Ihrer „Berliner Erklärung zum Schutz des ungeborenen Lebens“ nennen Sie Schwangerschaftsabbrüche (ich hoffe, Sie verzeihen, dass ich auf dem juristisch exakten Begriff bestehe) schlicht das „schwere Unrecht der Tötung von Kindern vor ihrer Geburt“ bzw. „Tötung von Menschen“. Sie fordern, dass der Staat keine Schwangerschaftsabbrüche oder „Organisationen, die Abtreibungen durchführen“ finanziert. Es sind oftmals Krankenhäuser, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Ist Ihnen klar, dass Sie damit das Ende der staatlichen Krankenhausfinanzierung fordern? In meinen Augen steht das im Konflikt mit Ihrem Slogan „Die Schwächsten schützen“. Aber vielleicht meinen Sie das ja auch alles ganz anders. Vielleicht wollen Sie Krankenhäuser und andere Einrichtun-

gen zwingen, keine Schwangerschaftsabbrüche mehr anzubieten, wenn sie weiterhin staatliche Zuwendungen bekommen wollen?

Passen würde das zu Ihrer Forderung: „Möglichkeiten zur massiven Eindämmung der Abtreibung auf Ebene von Bund, Ländern und Kommunen sind zielorientiert und konzertiert zu nutzen. Die Abtreibungsgesetze, das Beratungsgesetz und ihre Praxis sind [...] einer umfassenden Prüfung ihrer abtreibungsverhindernden Wirkung und einer Korrektur zu unterziehen.“

Es geht ihnen darum, die ohnehin schon restriktiven Gesetze zu den Schwangerschaftsabbrüchen weiter zu verschärfen. Es geht ihnen darum, Schwangeren, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen wollen, so viele Steine wie möglich in den Weg zu legen, sie ihren Schwangerschaftsabbruch selbst bezahlen zu lassen. Wenn Sie „Ja zu jedem Kind“, „Kein Kind ist Unzumutbar“ oder „Abtreibung beenden“ auf ihrer Webseite schreiben, geht es Ihnen womöglich sogar um ein absolutes Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen.

Frau Linder, ich werde nicht an Ihrer Demonstration teilnehmen. Ich halte es für ganz grundsätzlich für ein Unding, den Embryo oder Fötus gegen die Schwangere verteidigen zu wollen, in der er heranwächst – und dafür auch noch die Würde des Menschen ins Feld zu führen. Wissen Sie nicht, unter welch menschenunwürdigen Bedingungen Schwangerschaften in Ländern beendet werden, in denen es restriktive Gesetze existieren? Kennen Sie nicht die Fälle, bei denen Schwangere versuchen, Schwangerschaften selbst mit Kleiderbügeln zu beenden – und sich dabei tödlich verletzen? Wissen Sie nicht, was es für Menschen bedeuten kann, dazu gezwungen zu sein, ein Kind auszutragen, welches man nicht will? Wie schaffen Sie es, die verheerenden psychischen Probleme, die so manche Schwangere durch eine ungewollte Schwangerschaft hat, zu ignorieren? Haben Sie nie von Suiziden von Schwangeren gehört, die keine Möglichkeit zu einem Schwangerschaftsabbruch hatten? Wollen Sie wirklich vergewaltigte Frauen zwingen, ein Kind ihres Täters auszutragen?

Ich finde es zynisch, all diese Fragen auszublenden, wenn es um die Würde des Menschen geht. Die Würde und das Leben des schwangeren Menschen fallen bei Ihnen komplett unter den Tisch. Es gibt bei Ihnen nicht einmal eine Abwägung von Rechten gegeneinander, bei der Sie zu einem anderen Ergebnis kommen würden als ich, sondern die Seite der Schwangeren existiert für Sie überhaupt nicht. Für Sie begeht die Schwangere, die ihre Schwangerschaft beenden will, das „schwere Unrecht der Tötung von Kindern vor ihrer Geburt“. Die abbrechende Schwangere ist bei Ihnen Täterin. Das ist doch absurd!

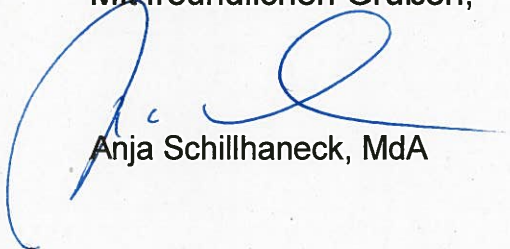
Mittlerweile dürfte überall bekannt sein, dass kein zusätzliches Kind geboren wird, wo Schwangerschaftsabbrüche verboten oder geächtet sind. Der strafende Blick und das strafende Gesetz erhöhen lediglich die Risiken für Abbrechende und Ärzte, nicht die Geburtenraten. Selbst wenn Sie sich also komplett blind für die Perspektive von Schwangeren, die abbrechen wollen, machen und ihnen das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper absprechen, sollten Sie zur Kenntnis nehmen, dass Sie Ihr Ziel der Geburtensteigerung damit nicht erreichen können.

In unserem Grundsatzprogramm von 2002 hielten wir Grüne unsere Position klar fest: „Wir wollen das Recht der Mädchen und Frauen auf ein selbstbestimmtes Leben sichern und fördern. Deshalb werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass das Recht der Frauen, sich selbstbestimmt und ohne äußeren Druck für oder gegen eine Schwangerschaft zu entscheiden, gewahrt bleibt. [...] Auch eine strafrechtliche Verfolgung von Schwangerschaftsabbrüchen ist kein geeigneter Weg, Entscheidungen für das Leben mit Kindern zu fördern. Keine Frau entscheidet über eine Abtreibung ohne große Konflikte. Keine Frau soll durch die soziale und materielle Situation oder durch ausgeübten Druck von außen in ihrer freien Entscheidung beeinträchtigt werden.“

Hinter dieser Position stehe ich. Ihre Einladung an mich, an Ihrer Demonstration teilzunehmen, hat mich veranlasst, sie noch einmal zu bekräftigen. Ich habe daher die Bündniserklärung des Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung unterzeichnet, in der die Forderung nach einem legalen Schwangerschaftsabbruch und die Streichung des Paragraphen §218 aus dem Strafgesetzbuch gefordert wird. Ich wünsche alle Demonstrant*innen und Aktivist*innen, die am 16. September gegen Ihre Demonstration, für die Menschenwürde und für das Recht auf Sexuelle Selbstbestimmung auf die Straße gehen, viel Erfolg.

Ich hoffe, Sie und alle anderen Teilnehmer des „Marsch für das Leben“ überdenken früher oder später Ihre Position. Im Interesse der Würde des Menschen und der Menschenrechte.

Mit freundlichen Grüßen,



Anja Schillhaneck, MdA